

SED-Akten

Land. In seiner Standardrede, die er von Auftritt zu Auftritt nur leicht variiert, tauchen die Schlüsselwörter immer wieder auf: dreimal „Umsteuern“, viermal „Reform“, elfmal „Zukunft“.

Nur Konzepte gegen all die Widrigkeiten der Gegenwart hat er nicht zu bieten. Umdenken, aber in welche Richtung? Erneuern, aber was? Sparen – wieviel noch? Aufschwung Ost, wann geht's denn los?

So genau will Helmut Kohl sich nicht festlegen, und so genau will es hier offenbar auch keiner wissen. Der Kanzler zielt auf jene Leute, welche die Verhältnisse im vereinten Deutschland bekümmern und die sich dennoch vor Reformen fürchten. Schon das Benennen der Probleme verschafft vielen Linderung.

Zielsicher redet sich Kohl in die politische Mitte hinein. „Ich will keinen autoritären Staat“, sagt er und markiert damit die Grenze rechts außen. Die Befestigung am linken Rand folgt sofort: „Aber“, sagt er, „ich will einen Staat mit Autorität.“

An den Schulen und Universitäten wünscht er sich wieder mehr Leistung, das Land brauche eine Elite. „Aber“, schiebt der Sozialpolitiker Kohl gleich hinterher, „ich will nicht zurück zu den alten Verhältnissen.“

In einer Zeit, in der alles sich stürmisch verändert, erzeugt der Koloß mit den verwitterten Gesichtszügen und der uneitlen Biederkeit bei vielen ein heimeliges Gefühl. „Ich hab' halt das Altmodische an mir“, sagt er gern. Viele Zuhörer, so scheint es, sind ihm dankbar dafür.

Auf seinen Optimismus können sich die Anhänger verlassen. Hinter den Problemgebirgen, die der Kanzler skizziert, ist die blühende Ebene immer schon in Sicht.

Selbst den Niedergang in Ostdeutschland, das größte Desaster der Kohlschen Einheitspolitik, will er nicht als Fehler akzeptieren. Die „blühenden Landschaften“, die er den Ostdeutschen bei der letzten Wahl versprochen, werden kommen, verspricht er diesmal wieder: „Ich habe mich im Zeitmaß geirrt.“

„Wir bauen blühende Landschaften“, ruft er trotz ins Mikrofon, mit einer Erregung, die durch Echtheit verblüfft. Und wenn alles zwei Jahrzehnte später wahr wird – „was ist das schon vor der Geschichte?“

Die Zuhörer in Hannover sind begeistert. Diese Unbeugsamkeit, diese Kampfeslust, dieser Kohl strahlt eine fast brutale Zuversicht aus.

Die Zustimmung trägt den Kanzler davon. Von Problemen will er jetzt nichts mehr wissen, die satte Selbstzufriedenheit hat ihn wieder. Und während das Langenhagener Flughafenorchester zu Tuba und Trompete greift, entläßt Kohl sein Publikum mit dem erhabenen Satz: „Dieses Land ist wunderschön.“ □

Historischer Schlamm

Der Wahlkampf kommt auf Touren.

Helmut Kohl erklärt

führende Sozialdemokraten zu Honecker-Komplizen.

Die Witwe war gewarnt. Wenn sie Herbert Wehner weiter als SED-Handlanger zu demontieren versuche, werde das mit der „völligen Demontage“ Willy Brandts enden, schrieb der frühere SPD-Vorständler Erhard Eppler im Januar an die Brandt-Witwe Brigitte Seebacher.



Gesprächspartner Rau, Honecker (1985 in Ost-Berlin): Streit entschieden

Geht schon los. Auf der Woge der von ihr ausgelöstten Wehner-Brandt-Debatte schwamm vergangene Woche die Illustrierte *Focus* mit – Titelzeile: „Willy Brandt stürzte über seine Sex-Affären“.

Ein von *Focus* zitiertes „streng geheimes Papier“ war so neu, daß der Inhalt seit Jahren schon in zeithistorischen Büchern steht; SPIEGEL-Leser waren seit 1974 informiert.

Die Zwieltichtstorys über Brandt und über seinen langjährigen Parteifeind Herbert Wehner gehören zu einer seit Wochen laufenden Kampagne aus dem historischen Kolportagemilieu, die nach Einschätzung der *Zeit* und anderer Blätter eine „Schlammeschlacht“ im Superwahljahr 1994 signalisiert – gegen alle, die sich mit SED-Größen einließen. Auf Urheberchaft und Tendenz ließ schon der Umstand schließen, daß zunächst

nur Sozialdemokraten getroffen wurden:

- ▷ SPD-Chef Rudolf Scharping, behauptete die *Welt am Sonntag* (*WamS*), habe sich 1987 für die „Realisierung der Geraer Forderungen“ von SED-Chef Erich Honecker ausgesprochen, zu denen die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft gehört habe.
- ▷ SPD-Vize Oskar Lafontaine und Scharping-Vorgänger Björn Engholm hätten sich, ebenfalls 1987, mit „Zusagen“ an die SED-Führung eingelassen, so die *WamS* – Lafontaine durch die „absolute Anerkennung“ deutscher Zweistaatlichkeit; Engholm „mit allem Nachdruck für die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR“.
- ▷ Der frühere Bremer SPD-Landesgeschäftsführer Willi Lemke, 47, jetzt Manager beim deutschen Fußballmeister Werder Bremen, wurde vom früheren Hamburger Verfassungsschutzchef Hans Josef Horchem, langjähri-

ger Sicherheitsberater des Axel Springer Verlags, wegen einstiger KGB-Kontakte denunziert; Lemke-Schlagzeile von Springers *Bild*: „Ich war KGB-Spion“. Die Bremer CDU verlangt weitere Ermittlungen, obwohl Lemke, damals 23, sogleich den Verfassungsschutz eingeschaltet hatte.

- ▷ Der Düsseldorfer Ministerpräsident Johannes Rau, SPD-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, wurde vom Berliner ARD-Magazin „Kontraste“ beschuldigt, sich Wahlhilfe vom SED-Regime verschafft zu haben. Sein Unterhändler Egon Bahr hatte 1986 eine Einreisekontrolle für Asylanten erreicht, die über Ost-Berlin in die Bundesrepublik kamen. Der damalige SPD-Kanzlerkandidat Rau habe dafür zugesagt, so „Kontraste“, im Falle eines Wahlsiegs „voll die

Helmut Kohl nutzte die Zitate aus SED-Akten zu Frontalangriffen gegen Rau, dessen hohes Ansehen er bei der Präsidentenwahl im Mai fürchtet. Die Herabsetzung des Mannes, der sich unberechtigt als „Kandidat der deutschen Einheit“ (Kohl) empfehle, war sorgfältig formuliert – der Kanzler wußte, was er tat.

Im Springer-Blatt *WamS* wurde die indirekte Diffamierung Raus fortgesetzt – Überschrift: „Kanzler Kohl: SPD hat sich an deutscher Einheit versündigt“.

Zugleich begann Kohl mit hallenden Vorwürfen gegen Rau und die Chefs der übrigen SPD-geführten Bundesländer, weil sie seit 1988 die Finanzierung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen für DDR-Verbrechen in Salzgitter eingestellt hatten. Der Hinweis auf die Behörde wirkt plakativ, weil darüber ausnahmsweise Christ- und Sozialdemokraten deutlich unterschiedlicher Meinung waren.

Süddeutsche Zeitung

Die CDU hielt, zu Kohls heutigem Ergötzen, an Salzgitter fest. Vor dem bayerischen Untersuchungsausschuß zur Schalck-Golodkowski-Affäre stellte sich kürzlich jedoch heraus, daß Kohls früherer Kanzleramtsminister Philipp Jenninger der DDR die Abschaffung der Erfassungsstelle in Aussicht gestellt hatte. Vorkommnisse im Grenzbereich sollten danach von regionalen Staatsanwaltschaften übernommen werden.

„Bis zuletzt gab es Angst vor einer chinesischen Lösung“

Kohl habe „Honecker den roten Teppich ausgerollt“, während Salzgitter registriere, „welche Verbrechen er begangen hat“, kritisierte Lafontaine. Vorwürfe wegen dieser „Doppelzüngigkeit“, so Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau, waren Kohl stets unangenehm.

Ungläubig verfolgen manche Sozialdemokraten nun, welche Art Wahlkampf ihnen der Kanzler da, im Jahr vier nach der Vereinigung, aufzwingen will. Die Aufdeckung angeblicher Absprachen zwischen SPD und SED zur endgültigen Spaltung Deutschlands steht diese Woche auch auf der Tagesordnung des CDU-Parteitags in Hamburg.

Für Eppler aber ist „das Ganze infam und ungeheuer gefährlich“, weil es die alte These der Rechten wiederbelebe, die SPD sei im Gegensatz zur Union letztlich auf die „Westpolitik der Kommunisten“ hereingefallen.

Dabei hat Kanzler Kohl wie kein anderer Politiker von der Ostpolitik Brandts und Bahrs profitiert. Jetzt will er die Sozialdemokraten mit Ausnahme Willy Brandts, mit dem er sich am Ende gut verstand, wieder zu vaterlandslosen Gesellen stempeln, um seine auseinanderlaufende Gefolgschaft, vor allem auch in Ostdeutschland, zusammenzutummeln.

DER SPIEGEL 8/1994 23



Deutsch-deutscher Grenzverkehr*: Grauzone der Geschichte

fang an ein doppelbödiges Spiel mit Hintergedanken und Formelkompromissen. Das „Schlüsselzitat“ für Bahr, den Erfinder des „Wandels durch Annäherung“, war einst das Kennedy-Wort: „Wir müssen den Status quo anerkennen, um ihn ändern zu können.“ Der Grundvertrag, die staatsrechtliche Brücke zwischen West- und Ostdeutschland, stellte Einigkeit über Unvereinbares her – „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen“ etwa „zur nationalen Frage“.

Die Frage, ob es eine deutsche Nation oder deren zwei gebe, blieb im Streit bis zum Mauerfall. Die DDR-Staatsbürgerschaft respektierte der Westen – DDR-Bürgern wurde etwa beim Aufenthalt in der Bundesrepublik kein westdeutscher Paß aufgezwungen. Aber sie wurde nicht, wie von Honecker gefordert, völkerrechtlich anerkannt – schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht.

Daran änderten auch schöne Besuchersprüche bei Honecker von voller oder absoluter Respektierung nichts, die Kohl-Helfer nun als Fast-Anerkennung interpretieren möchten. Sie konnten nur das Klima für freundliche Fotos mit Honecker verbessern, die bei SPD wie bei Unionspolitikern wegen des damit verbundenen Prestiges bald begehrt waren. „Honecker wußte, daß er sich dafür nichts kaufen konnte“, so Bahr.

Manche DDR-Reisen gerieten jedoch ins Zwielficht, weil die Besucher sich mit Honecker allzu „kameradschaftlich“ einließen, wie er selbst bezeugte. Es gab, wie Ex-Parteichef Hans-Jochen Vogel moniert, „Dinge, die von Peinlichkeit schon damals nicht frei waren“.

In der SPD ist bis heute umstritten, ob ein stärkerer Kontakt zu den ostdeutschen Oppositionellen geboten gewesen wäre oder nicht: Auch er habe „nicht

immer das sichere Gefühl gehabt, das Richtige zu tun“, erinnert sich der Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen, der ständig Kontakt zur Dissidentenszene hielt, denn „auch bei denen gab es bis zuletzt Angst vor einer brutalen Reaktion, einer chinesischen Lösung“. Aber, so Weisskirchen, „ich habe es einfach mit denen gehalten, die gelitten haben“.

Bahr räumt einerseits ein, die Kraft des gesellschaftlichen Wandels unterschätzt zu haben: „Die Politik hat die Sicherheitsfrage überholt.“ Andererseits hätten von Moskau bis Ost-Berlin zunächst die Einflüsse „sozialdemokratischer ostpolitischer Strategie elementarer gewirkt“ als die Oppositionskräfte, die sich dann aber „mit Mut und mit hohem Risiko entfalten konnten“.

Als Michail Gorbatschow 1986 erklärte, „wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen“, war für Bahr, wie er Brandt vortrug, alles klar: „Der große

Streit ist entschieden.“ Brandt legte den Zeigefinger auf die Lippen: „Psst. Nicht laut sagen – wir wollen es ihm nicht noch schwerer machen, als er es schon hat.“

Der politische Einfluß der Westparteien, bestätigt Historiker Jochen Staadt vom Berliner Forschungsverbund SED-Staat, sei bei ihren Kontakten mit der DDR stärker gewesen als umgekehrt. Deshalb sind auch die *WamS*-Angriffe auf Lafontaine und Engholm allzu durchsichtig.

Komplizierter ist der Fall Scharping. Hier bestätigt sich, wovor sein penibler Vorgänger Hans-Jochen Vogel stets gewarnt hatte. Wer über seine Ost-Besuche „sorgfältige Aufzeichnungen gefertigt“ habe, so Vogel, tue sich jetzt „mit dem, was in parallelen SED-Papieren aufgeschrieben ist, ein bißchen leichter als diejenigen, die allein auf Gott vertraut haben“.

Vom Besuch des damaligen Mainzer SPD-Chefs Scharping mit einer Parteidelegation in Ost-Berlin gibt es nur einen SED-Vermerk, den ein Stellvertreter des doktrinären ZK-Funktionärs Gunter Rettner angefertigt hatte. Oxford-Historiker Timothy Garton Ash fand in Quellen dieser Art „eine gewisse Tendenz, den Vorgesetzten zu sagen, was sie hören wollen“. Auch der Bonner Historiker Heinrich Potthoff erkannte nach Auswertung zahlreicher SED-Akten, daß Papiere der zweiten Garnitur „einen hohen Grad von Verfälschungstendenzen aufweisen“ – im Gegensatz zu erstrangigen Protokollen.

Scharping hat sich in Ost-Berlin, so steht es auch im SED-Vermerk, für Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer ausgesprochen. An das Stichwort von den „Geraer Forderungen“ kann sich keiner der Besucher erinnern, auch nicht das anwesende ZK-Mitglied Manfred Uschner. Über den



Staatsbesucher Honecker, Gastgeber Kohl (1987): „Angenehm überrascht“

* 1981 am Grenzübergang Herleshausen.

Gera-Katalog von 1980 hatte Honecker aufgehört zu reden, nachdem Bahr ihm vorgehalten hatte, daß die darin enthaltenen vier Punkte teilweise verfassungsrechtlich unerfüllbar waren.

Scharping hat in einem Brief an Kohl die Bezeichnungen gegen führende Sozialdemokraten zurückgewiesen und den Kanzler an sein Wort vor der Enquete-Kommission zur Geschichte der SED-Diktatur erinnert, die DDR-Akten dürften nicht „heute die ganze Atmosphäre vergiften“.

Doch gerade die Enquete-Kommission dient Kohl heute als Instrument für seine Verdächtigungen. Zum Jahreswechsel wurde die frühere Bundesministerin Dorothee Wilms vom neuen Unions-Obmann Hartmut Koschyk, 34, abgelöst, einem militanten CSU-Wehr- und Vertriebenenpolitiker. Seitdem herrscht dort ein aggressives Klima.

Kohls Kampagne ist ein riskantes Spiel

Die Unionsleute, voran Kohl, haben begriffen, daß im SED-Parteiarchiv jede Menge Material über Kontakte mit der SPD lagern. Dagegen hat Bonn die DDR-Regierungsakten, darunter die für die deutsch-deutschen Beziehungen wichtigen Papiere des Außenamts, für 30 Jahre unter Verschuß genommen.

Kohls Kampagne ist ein riskantes Spiel. Denn Spuren seiner DDR-Politik sind auch in den SED-Akten zu finden. Sie unterscheiden sich nicht prinzipiell von der vorausgegangenen Bonner Linie. Die Wertung des Briten Garton Ash: „Akzeptanz der Grundsätze sozial-liberaler Ostpolitik“.

Das hatte schon in Kohls Oppositionszeit begonnen. So kündigte CDU-Präsident Walther Leisler Kiep, damals ein Vertrauensmann von Kohl, Mitte der siebziger Jahre der SED-Führung an, „die DDR würde angenehm überrascht sein, wie vernünftig eine CDU-Regierung Politik machen würde“. Kiep warb bei einem Ost-Berliner Emissär, laut SED-Akten, für Kohls „Haltung zur Entspannung“ und bat, „sich von Wahlkampfparolen nicht beeindrucken zu lassen“.

Genauso kam es dann auch. „Sie sprechen hier mit einem Mann“, versprach Bundeskanzler Kohl Ende 1983 Honecker am Telefon, „der nichts unternehmen wird, um Sie in eine ungute Lage, ich will es nicht näher interpretieren, in eine ungute Lage zu bringen.“ So jedenfalls steht es in einer SED-Mitschrift.

In der Bonner Aufzeichnung des Gesprächs, erklärte das Kanzleramt, fehle dieser Satz – ein Indiz für den Wert nicht nur von Ostakten. □